Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 178 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 3. August | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" und „Für unsere Frauen" | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichskanzler ist für einige Tage auf Urlaub gegangen.

* Die Anschläge in Königsberg in Pr. sind noch nicht aufgeklärt. Inzwischen wurden aus verschiedenen Teilen des Reiches neue Überfälle gemeldet.

* Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel ist nach längerem Leiden im Alter von 57 Jahren gestorben.

* Infolge neuer Feindseligkeiten zwischen Bolivien und Paraguay ist in Südamerika die Kriegsstimmung im höchsten Grade gestiegen.

Papens Pläne.

Die Zeit des politischen „Burgfriedens" in Deutschland wird mehr oder weniger angenehm mit allerhand Diskussionen darüber ausgefüllt, wie sich denn nun angesichts der Wahlergebnisse unsere innenpolitische Lage weiter entwickeln wird. Man hat für diese Diskussionen, die sich wohl allmählich in Verhandlungen fortsetzen werden, noch einige Wochen Zeit, weil dem Artikel 23 der Verfassung gemäß der neue Reichstag erst am 30. Tage nach seiner Wahl einberufen werden muß. Dann „konstituiert" er sich zunächst, was — siehe den preußischen Landtag! — wohl nicht ganz ohne Schwierigkeiten abgehen dürfte, und erst nach Überwindung dieser Hindernisse wird die „große Politik" akut.

Infolgedessen diskutiert man vorläufig mehr als man Entschließungen oder gar Beschlüsse faßt. Das gilt im übrigen nicht zuletzt auch für die Reichsregierung selbst, deren Leiter sich einem ausländischen Berichterstatter gegenüber gleichfalls sehr zurückhaltend äußerte. Politisch wenigstens — und hier ist ja auch vorläufig alles in der Schwebe. Herr v. Papen betrachtet das Ergebnis der Wahl vom 31. Juli als die Entscheidung des Volkes dahingehend, daß das Bestreben der Regierung, „das Land von der Parteiherrschaft zu befreien", gebilligt worden sei. Und daher beabsichtige seine Regierung keineswegs, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstag zu bemühen, auf deren Unterstützung die Reichsregierung angewiesen sei. Dem kann man allerdings entgegenhalten, daß die Reichsregierung gleich bei der ersten Frage der „großen Politik" auch keine Mehrheits-Koalition gegen sich haben darf, dann nämlich, wenn es sich darum handelt, ob der in sicherer Aussicht stehende Antrag auf Aufhebung der Papenschen Notverordnungen vom 14. Juni und namentlich die vom 20. Juli im Reichstag zur Entscheidung steht!

Aus einer weiteren Andeutung des Reichskanzlers in jenem Interview kann man entnehmen, daß er vor den neuen Reichstag auch mit einem „konstruktiven Programm" treten und dann den neuen Volksvertretern bzw. den Parteien überlassen will, durch Ablehnung dieses Programms seine Durchführung zu verhindern, also das Kabinett zu stürzen, oder nicht. Derartiges ist bisher von jedem Reichskanzler vor jedem neugewählten Reichstag geschehen — nur wurde vorher durch entsprechende Verhandlungen mit den Parteien dafür gesorgt, daß der „Start" einer solchen Regierungserklärung nicht zum parlamentarischen Mißerfolg führte. Herr von Papen will anscheinend also andere Wege einschlagen.

Einen breiten Raum nehmen in den Ausführungen des Reichskanzlers seine Maßnahmen und Vorschläge zur Verfassungs- und Verwaltungsreform ein. „Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht", und des weiteren wünschte von Papen eine Abänderung des Reichstagswahlrechts, das heute den Parteien eine viel zu große Macht einräume. Wieder, wie vor kurzem schon einmal, erklärt der Reichskanzler, daß wir andere Sorgen und desto weniger Zeit hätten, „an die Staatsform zu denken", die nicht im geringsten zur Debatte steht. Übrigens ist ja auch gar nicht zu erwarten, daß sie in die Debatte geworfen wird.

Einen kleinen, andeutungsweisen Ausblick auf kommende Verhandlungen darf man wohl aber in einem Satz der Ausführungen des Kanzlers sehen, wonach er „den Augenblick für gekommen" sieht, daß „die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mithelfen müsse". Wenn das nicht nur im und durch den Reichstag geschieht, sondern auch im Kabinett, so wäre allerdings in jenem Satz zum mindesten eine Regierungsumbildung angekündigt. Freilich dürfte gerade hierüber eine Entscheidung nicht heute oder morgen fallen.

*

Papen über sein Arbeitsprogramm.

Reichskanzler v. Papen hat kurz vor Antritt seiner Urlaubsreise dem Vertreter der amerikanischen Associated Preß ein Interview gegeben. In dieser Unterredung hat der Reichskanzler zunächst erklärt, daß sich die Regierung nicht darum bemühen werde, im Reichstag eine Koalition zustandezubringen. Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt habe, dann die, daß das deutsche Volk das Bestreben der Regierung gutgeheißen hat, das Land von der Parteiherrschaft zu befreien. Weiter betonte der Kanzler, daß er den Reichstag vor die Entscheidung stellen werde, ob er die Regierung stürzen wolle. Für die Nationalsozialisten sei die Zeit gekommen, daß sie am Wiederaufbau tätig mithelfen. Weiterhin äußerte sich der Kanzler über die Möglichkeit, neben den Reichstag eine Art Oberhaus zu stellen, ähnlich wie es die Amerikaner in ihrem Senat haben. Auch das Wahlsystem möchte der Kanzler ändern durch Beseitigung des Listensystems. Die Frage der Staatsform stehe jedoch nicht zur Debatte. Die begonnenen Verwaltungs- und Finanzreformen will der Kanzler fortsetzen.

Politische Erholungspause

Das große Rätselraten.

Jetzt beginnt das große Rätselraten, ob sich im neuen Reichstag doch noch eine Mehrheit zur Regierungsbildung zusammenfindet, oder ob die jetzige Reichsregierung am Ruder bleibt, von Fall zu Fall sich dem Reichstag stellt und seine Billigung erzwingt oder mindestens seine Duldung. Pariser Blätter, die ja immer mehr über Deutschland wissen wollen als wir selbst, haben Telegramme veröffentlicht, die Abgesandten Hitlers aus dem Braunen Haus in München seien schon nach Berlin abgefahren und hätten dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister ihre Forderungen auf sofortige Umbildung der Regierung und Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten vorgelegt. An der Geschichte ist natürlich kein wahres Wort. Der Reichskanzler ist am Dienstag von Berlin weg in Urlaub gefahren und hat niemand empfangen, und der Reichswehrminister hat sich zur gleichen Zeit auf eine Inspektionsreise nach Mitteldeutschland begeben. An den zuständigen Stellen lautet die Parole: Abwarten! Abwarten bis Ende August, bis der Reichstag zusammentritt. Bis dahin haben sich die Gemüter schon wieder etwas beruhigt.

Die Regierung v. Papen überläßt es vorerst den Parteien, sich über die möglichen Folgen der Wahl zu unterhalten.

Die große Frage

ist die: Werden die Nationalsozialisten darauf bestehen, daß ihre Beauftragten in die Reichsregierung eintreten, sofort oder später, oder werden sie auf diesen Anspruch verzichten und nur bestimmte Bedingungen für eine freundliche Haltung gegenüber dem jetzigen Reichskabinett stellen? Die Äußerungen der nationalsozialistischen Blätter lassen noch keine bestimmten Schlüsse zu, vorerst sprechen die Blätter ganz allgemein davon, daß der Spruch des Volkes dem Nationalsozialismus die politische Führung zugesprochen habe. Stark beachtet werden natürlich auch die Äußerungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, weil ja diese beiden Parteien bei einer möglichen Mehrheitsbildung eine Rolle spielen. Das Zentrum ist in seiner Presse immer noch sehr zurückhaltend, weniger dagegen die Bayerische Volkspartei. Von München kommen Stimmen, die so klingen, als ob man sich dort innerlich auf ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten schon einstelle. Ganz deutlich wird da in den Parteimitteilungen der Bayerischen Volkspartei gesagt, die Nationalsozialisten müßten jetzt an die Verantwortung ran, sonst wäre die Wahl sinnlos; aber den Traum von einer Parteidiktatur müßten sie vorher aufgeben, ebenso den Traum, daß sie das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zerstören könnten. Dann bestehe Aussicht. Das klingt immerhin schon recht deutlich wie eine Einladung und Aufforderung an die Gegenseite, sich zu erklären. In einigen Wochen wird man klarer sehen. Vorerst liegen die Dinge noch so, daß die Meinung am meisten für sich hat, daß die jetzige Reichsregierung am Ruder bleibt.

Platzsorgen im Reichstag.

Die nächsten Sorgen, die man im Reichstag hat, verursachen die Frage, wie man die 607 Volksvertreter einigermaßen bequem unterbringen soll. Schon im letzten Reichstag bei den 577 machte die Platzverteilung viel Schwierigkeiten. Man hat sich schließlich dadurch geholfen, daß man einfach in den meisten Reihen die Pulte vor den Sitzen entfernt hat. Jetzt wird man wahrscheinlich die letzten Pulte, die noch geblieben sind, auch noch entfernen müssen. Nur noch in der vordersten Reihe wird dann eine Schreibgelegenheit bestehenbleiben.

Ein Sitz für die Volksrechtpartei.

Die Volksrechtpartei teilt mit: Nachdem der Christlich-Soziale Volksdienst im Wahlkreisverband Westfalen Nord und Süd ein Grundmandat nur mit Hilfe der Volksrechtpartei gewinnen konnte, fällt — entsprechend dem abgeschlossenen Vertrag — ein Sitz der Reichsliste der Volksrechtpartei zu. Gewählt ist damit der Reichsführer der Volksrechtpartei, Oberschulrat Bauer-Stuttgart.

*

Abstimmung im Reiseverkehr.

Bei der Reichstagswahl 1932 hat das Reichsministerium des Innern erstmalig die Vorwahl und die Abstimmung im Reiseverkehr eingerichtet. Auf den großen Seeschiffen konnte abgestimmt werden, wenn mindestens 50 Wähler mit Stimmscheinen an Bord waren. Auf den Übergangsbahnhöfen war Gelegenheit geboten, mit Stimmscheinen auch außerhalb der allgemeinen Abstimmungszeit zu wählen.

Nach den bisherigen Mitteilungen haben sich die Neueinrichtungen durchaus bewährt. So sind abgegeben worden auf dem Hauptbahnhof in Hamburg 1184 Stimmen, in Frankfurt a. M. 1291, auf den Berliner Bahnhöfen 3228, in München 5159 Stimmen. Insgesamt war auf 47 Bahnhöfen Abstimmungsmöglichkeit geboten.

An der Vorwahl waren u. a. beteiligt von der Hamburg-Amerika-Linie die Schiffe „Deutschland", „Resolute", „Tacoma", „Oceana", „Magdalena" und „General Artigas", vom Norddeutschen Lloyd die „Lützow", von der Woermann- und Deutsch-Ostafrika-Linie die „Wangoni", von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft die „Monte Rosa", von der Reederei Griebel Stettin die „Rügen", von der Reederei Bräunlich-Stettin die „Hertha". Mittels der Vorwahl wurden bisher 2297 Stimmen erfaßt, davon 2269 gültige. Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 374, die Nationalsozialisten 970, die Kommunisten 204, das Zentrum 150, die Deutschnationale Volkspartei 352, die Deutsche Volkspartei 106, die Staatspartei 101, und zwölf Stimmen auf die übrigen Parteien.

Im bayerischen Hochgebirge waren im Schneefernerhaus, auf der Zugspitze und dem Watzmannshaus Wahllokale eingerichtet. Auf der Zugspitze wurden 729, auf dem Watzmann 158 Stimmen abgegeben.

Ländereinsprüche im Reichsrat.

Für die Opfer der „Niobe".

Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl eröffnete die Sitzung mit folgendem Nachruf für die Opfer der „Niobe":

„Seit der letzten Vollsitzung des Reichsrats haben die Reichsmarine und das gesamte deutsche Volk einen überaus schweren und kaum faßlichen Verlust erlitten. Ein nach menschlichem Ermessen gesichertes Schiff wie das Schulschiff „Niobe" ist untergegangen und hat einen großen Teil seiner Besatzung mit sich in die Tiefe genommen, blühende Menschenleben, die Hoffnung ihrer Eltern und die Hoffnung der Marine und des deutschen Volkes sind auf diese Weise den Seemannstod gestorben und haben ihre junge Laufbahn in der Marine mit diesem furchtbaren Ereignis abschließen müssen. Wir stehen fassungslos und tiefbewegt vor diesem schweren Unglück und wir gedenken in herzlicher Teilnahme aller derer, denen durch dieses Ereignis das schwerste Herzeleid zugefügt worden ist. Wir gedenken der Eltern der von uns Gerissenen, wir gedenken der Kameraden, wir gedenken der Marine und aller derer, die in ihrem Herzen beteiligt sind an diesem furchtbaren Ereignis. Wir wollen dem Wunsch, wir wollen der Hoffnung und der Bitte Ausdruck geben, daß es uns erspart sein möge, jemals wieder ein solch schweres, weiteste Kreise treffendes Unglück in unserer Marine zu erleben. Sie haben sich zu Ehren der im Dienst gestorbenen jungen Seeleute und ihrer Vorgesetzten von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen dafür."

In der Vollsitzung des Reichsrats gab der Vorsitzende des Reichsrats, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, für die Reichsregierung eine Erklärung ab, in der betont wird, daß die Reichsregierung von den früheren Erklärungen der Länder über die Rechtsverhältnisse im Reichsrat Kenntnis genommen habe und der Hoffnung Ausdruck gebe, daß sich die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern im Reichsrat weiterhin reibungslos vollziehen werde. Die Reichsregierung sei dazu um so mehr berechtigt, als die Gewähr gegeben sei, daß die Rechtsfragen durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes, der praktisch ohnehin in keiner Weise vorgegriffen werden könne, einer baldigen Klärung entgegengeführt werden.

Der Vertreter der bayerischen Staatsregierung betonte in einer Erklärung, daß die neue Zusammensetzung des Reichsrats der Reichsverfassung nicht entspreche und daß der Reichsrat nicht in der Lage sei, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Von einem Verwahrungsantrag sehe Bayern nur ab, weil keine Mehrheit dafür zustande käme. Bayern behalte sich ausdrücklich alle Schritte vor und sei nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Der Vertreter Württembergs verwies auf die starken Bedenken seiner Regierung gegen die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Württemberg sei unter ausdrücklichem Vorbehalt seines Rechtsstandpunktes zu sachlicher Arbeit im Reichsrat bereit.

Die badische Regierung ließ erklären, daß sie sich den von Bayern und Württemberg abgegebenen Vorbehaltserklärungen anschließe. Ähnliche Erklärungen gaben Hessen, Hamburg, Lübeck, Bremen, Lippe und Schaumburg-Lippe ab. Die Vertreter der preußischen Provinzen behielten sich eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit vor.

In der Vollsitzung des Reichsrats blieben die Plätze der preußischen Reichsratsvertreter leer.

Einigung zwischen Reichsregierug und Reichsrat.

Wie aus Kreisen des Reichsrats verlautet, waren der Reichsratssitzung am Dienstag Verhandlungen mit der Reichsregierung vorausgegangen, die zu einer Einigung führten, so daß sich die Länder und Provinzen, die grundsätzlich die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen bekämpfen, auf die Abgabe von Erklärungen beschränkten, in denen sie ihren Rechtsstandpunkt wahrten. Die Grundlage dieser Vereinbarung bildete, wie weiter verlautet, die Zusage der Reichsregierung, daß die vom Reichskommissar für Preußen instruierten neuen preußischen Bevollmächtigten nicht in der Sitzung erscheinen und daß in der Sitzung keine strittigen Vorlagen behandelt würden, so daß es nicht zu namentlichen Abstimmungen käme.

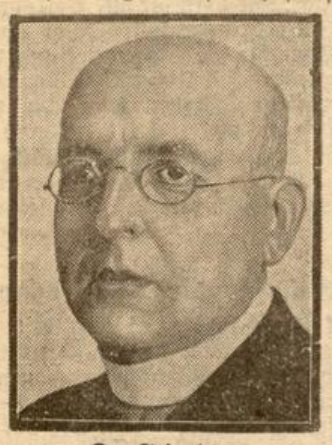
Dr. Ignatz Seipel †.

Der frühere österreichische Bundeskanzler, Prälat Dr. Ignaz Seipel, ist im Sanatorium „Waldfrieden" im Wiener Wald seinem langen Leiden erlegen. Er ist nur 56 Jahre alt geworden.

Schon seit längerer Zeit litt Dr. Seipel an Lungenschwindsucht. Am 4. Juli war er nach Pernitz in das dortige Privatsanatorium für Lungenkranke übergesiedelt, um Erholung und Kräftigung zu suchen. Nachdem in den ersten Tagen des dortigen Aufenthalts an ihm eine Gewichtszunahme zu verzeichnen war, trat jedoch in der letzten Woche wieder ein Schwächezustand mit Untertemperaturen ein. Seit Sonntag waren die Krankheitserscheinungen, namentlich die schwere Atemnot, nicht ohne Folgen auf die Herztätigkeit. In der Nacht zum Dienstag war der Kräfteverfall bereits derart, daß mit dem Ableben stündlich zu rechnen war.

Dr. Seipel hat in der Nachkriegszeit in Österreich eine führende politische Rolle gespielt. Jahrelang war er Führer der Christlich-Sozialen, der einflußreichsten Partei in Österreich. Zweimal stand er als Bundeskanzler an der Spitze der Regierung, und zwar von 1922 bis 1924 und von 1926 bis 1927. Besonders in der Außenpolitik hatte Dr. Seipel, auch wenn er nicht Minister war, ein gewichtiges Wort in Österreich mitzureden. Deutschland gegenüber hat er stets eine freundschaftliche Stellung eingenommen, wenngleich auch behauptet wird, daß er den Anschlußbestrebungen nicht allzu sympathisch gegenüberstand.

Die Beisetzung Dr. Seipels wird in einem Ehrengrab der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof erfolgen.



Dr. Seipel.

Beileidstelegramme des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers.

Der Reichskanzler hat an den österreichischen Bundeskanzler folgendes Telegramm gerichtet: „Tief bewegt von der Nachricht über das Hinscheiden des Herrn Altbundeskanzlers Dr. Seipel, in dem Oesterreich einen seiner hervorragendsten Staatsmänner verliert, bitte ich Euer Exzellenz mein und der Reichsregierung aufrichtiges Beileid entgegenzunehmen." — Desgleichen hat der Reichsaußenminister dem österreichischen Bundeskanzler sein Beileid in einem Telegramm übermittelt.

Kurze politische Nachrichten.

Die Verfassungsfeier im Reichstag am 11. August findet im gewohnten Rahmen statt. Der Reichspräsident wird persönlich daran teilnehmen. Die Feier wird sich folgendermaßen abspielen: Zunächst bringt das Philharmonische Orchester die Ouvertüre zu „Egmont" von Beethoven zu Gehör. Darauf spricht Reichsinnenminister Freiherr von Gayl. Nach einem weiteren Vortrag des Berliner Philharmonischen Orchesters (3. Satz der Symphonie Nr. 4 in E-Moll von Johannes Brahms) wird der Reichskanzler eine Ansprache halten. Die Feier wird beendet mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes.

*

Die Anspannung der Reichsbank zum Ultimo hält sich mit 350 Mill. Mark im normalen Rahmen. Der Gold- und Devisenbestand hat pro Saldo eine kleine Steigerung um 2 Millionen erfahren. Der Goldbestand stieg um 12 auf 766 Millionen, während der Devisenbestand um 10 auf 128 Millionen zurückging. Der Goldzufluß dürfte in der Hauptsache russischen Ursprungs sein. Das Deckungsverhältnis der Noten ist von 24 auf 22,5 Prozent zurückgegangen.

*

Der Schlichter für Berlin-Brandenburg, der sozialdemokratische Minister a. D. Rudolf Wissell, ist vom Reichsarbeitsminister zum 1. September gekündigt worden.

*

Der frühere mecklenburgische Ministerpräsident Paul Schröder, der seit längerer Zeit an unheilbarer Zuckerkrankheit litt, hat in Rostock durch Erschießen seinem Leben ein Ende gemacht.

*

Die in der vorigen Woche in Peru ausgebrochene Revolte gegen die Regierung fand ihr Nachspiel vor einer Reihe von Standgerichten, vor denen sich fast alle Führer zu verantworten hatten. Die Gerichte verurteilten nicht weniger als 101 Teilnehmer an dem Aufstand zum Tode. 44 wurden bereits erschossen, 73 andere wurden zu zehn, und sieben zu fünf Jahren Kerker begnadigt.

Unterschlagungen beim Auswärtigen Amt

Ein Fehlbetrag von 42 000 Mark festgestellt.

Durch eine unvermutete Kassenrevision ist man im Auswärtigen Amt umfangreichen Veruntreuungen auf die Spur gekommen. Ein Ministerialamtmann und ein Oberkonsulatssekretär, die im Verdacht stehen, 42 000 Mark unterschlagen zu haben, sind festgenommen worden.

Die beiden Beamten waren im Verkehrsbüro des Auswärtigen Amtes beschäftigt und hatten die Fahrkartenbesorgung für die Beamten des auswärtigen Dienstes durch das Mitteleuropäische Reisebüro zu erledigen. Durch falsche Buchungen und Beseitigung von Rechnungsbelegen haben die beiden Beamten den Betrag von 42 000 Mark nach und nach aus der Kasse entnommen und das Geld für sich verbraucht.

Gleichzeitig wird noch eine zweite Unterschlagung bekannt, die im Bereich des Auswärtigen Amtes begangen worden ist. Ein Konsulatssekretär Strehlow, der bis vor kurzem in Chikago war, hatte dort von der deutschen Kolonie Mündelgelder in Höhe von mehreren tausend Mark eingezogen. Diese Summe sandte er jedoch nicht weiter nach Berlin, sondern behielt sie für sich. Als er vor einigen Tagen nach Berlin zurückkehrte, wurde er sofort im Auswärtigen Amt verhört. Er gestand seine Veruntreuungen ein und wurde in Haft genommen.

Polnische Beschwerde in Berlin.

Das Verhalten des Gesandten in Warschau war berechtigt!

Amtlich wird mitgeteilt: Der polnische Gesandte suchte den Reichsminister des Auswärtigen auf, um unter Übergabe einer Sachdarstellung über den Flaggenzwischenfall vom 31. Juli wegen des Verhaltens des deutschen Geschäftsträgers in Warschau Vorstellungen zu erheben.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem Gesandten erklärt, daß er eine Beschwerde über das Verhalten des Geschäftsträgers zurückweisen müsse; die Angelegenheit sei auf Grund der Meldungen des Geschäftsträgers bereits geprüft worden, sein Vorgehen sei nach der völkerrechtlichen Übung völlig berechtigt gewesen.

Deutschland kauft Weizen in Ungarn.

Zollbegünstigung deutscher Industrieerzeugnisse.

Halbamtlich wird gemeldet: Die ungarische Regierung hat mit der deutschen Regierung eine Vereinbarung getroffen, die den Verkauf eines bedeutenden Teils des diesjährigen ungarischen Weizenüberschusses unter günstigen Bedingungen an Deutschland bis zu den Wintermonaten sicherstellt. Ein Teil dieser Weizenmenge wurde bei sofortiger Ablieferung fest verkauft, während Ungarn zum Verkauf des anderen Teiles später berechtigt ist. Von ungarischer Seite wurden als Gegenleistung für die günstigen Bedingungen des Weizenverkaufs gewisse industrielle Zollbegünstigungen zugesichert.

Internationale Sozialversicherung.

Angleichung des Sozialversicherungssystems zwischen Deutschland, Saargebiet und Frankreich.

Zwischen Herriot und dem deutschen Botschafter wurde am Dienstag ein Abkommen unterzeichnet, das eine Angleichung des Sozialversicherungssystems zwischen Frankreich, Deutschland und dem Saargebiet vorsieht. Nach diesem Abkommen sind die französischen, deutschen und saarländischen Arbeiter und Beamten, die in einem der drei Länder der Sozialversicherung unterworfen sind, einander angeglichen und genießen überall die gleichen Rechte. Andererseits haben die Arbeiter und Beamten unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit Anspruch auf die durch das Sozialversicherungssystem erworbenen Pensionen solange sie sich in einem der drei oben genannten Länder aufhalten.

Beaufsichtigung des evangelischen Religionsunterrichts.

Neuordnung für Preußen.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen Preußens an der Erteilung des Religionsunterrichtes im Rahmen des Art. 149 Abs. 1 der Reichsverfassung gewahrt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen zwischen dem Unterrichtsministerium, den Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats (zugleich namens der der altpreußischen Union nicht angehörigen preußischen Landeskirchen) und den hauptsächlichsten evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum Preußischen Landtag soweit gefördert worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde.

Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Bekanntgabe der damals festgestellten Grundsätze entschlossen. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen wird danach den preußischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragte, in der Regel staatliche Schulaufsichtsbeamte, ausnahmsweise Leiter oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrerschaft genießen, den Religionsunterricht besuchen zu lassen. Die Neuregelung läßt die Rechte der staatlichen Schulaufsicht unberührt. Die gelegentlich geäußerte Besorgnis, der Staat habe hier wichtige staatsrechtliche Grundrechte aufgegeben, ist unbegründet, vielmehr darf mit Recht erhofft werden, daß die jetzt erfolgte Klarstellung des oft umstrittenen Problems im Interesse der Schule wie der Kirchen wirken werde.

Mißtrauensantrag gegen die österreichische Regierung abgelehnt.

Der Österreichische Nationalrat lehnte den Mißtrauensantrag der Großdeutschen gegen die Regierung mit 81 gegen 81 Stimmen, also mit Stimmengleichheit ab. Die Regierungsmehrheit hatte alle Kranken zur Sitzung herangezogen. Auch für den verstorbenen Dr. Seipel war bereits ein Ersatzmann anwesend.

Die Nachmittagssitzung des Nationalrats begann mit einer Trauerfeier für Seipel, bei der der sozialdemokratische Präsident des Hauses, Dr. Renner, die Gedenkrede hielt. Renner bezeichnete Seipel als vorbildlichen Parteiführer, dessen Name durch alle Zeit fortleben werde.

Schlachtsteuer und Viehmarkt.

(Bericht der Viehzentrale GmbH., Berlin-Friedrichsfelde.)
Abgeschlossen am 30. Juli 1932.

Noch selten hat eine Regierungsmaßnahme auf dem Vieh- und Fleischmarkt eine so große Verwirrung hervorgerufen, wie die seitens der preußischen Regierung vom 1. Juli d. J. notverordnete Schlachtsteuer. Fällt die Schlachtsteuer nicht, und zwar sofort, dann nützen alle für die nächste Zeit in Aussicht genommenen „Stützungs"-Maßnahmen auf dem Gebiete der Viehwirtschaft nichts. Mit kleinen Mittelchen wie: „Stützung der Märkte, Fracht-, Frischfleisch- u. Zinsverbilligung, Exportvergütungen" kann der viehproduzierenden Landwirtschaft heute nicht mehr geholfen werden.

Es ist des öfteren und mit Recht darauf hingewiesen worden, daß zwischen Einkommen und Fleischverbrauch eine Verbundenheit besteht und daß jede Verteuerung von Fleisch — eines der wichtigsten Nahrungsmittel auch des kleinen Mannes — auch volkswirtschaftlich schädlich und nachteilig und mit einem Rückgang des Verbrauchs verbunden ist. Der Rückgang des Fleischverbrauchs wird aber außerdem um so größer, je mehr Arbeitslose nicht mehr in der Lage sind, Fleisch zu kaufen. Sinkt der Fleischverbrauch, so fallen damit auch die Viehpreise, die schon heute kaum die Produktionskosten decken. Es ist nicht möglich, auf die Dauer in Deutschland Vieh unter 35 Mark per Zentner zu produzieren. Was wir aus dem Auslande unter diesem Preise vorübergehend einführen konnten, ist aber auf die Dauer in Wirklichkeit viel teurer! Mit staatlichen Unterstützungen kann man die Preise für die Produzenten im Höchstfalle um fünf bis zehn Prozent steigern, abgesehen davon, daß durch den komplizierten kostspieligen und zeitraubenden Apparat der Erfolg jeder staatlichen Subvention an und für sich um die Hälfte herabgedrückt wird. Durch die Schlachtsteuer wird für den Verbraucher das Fleisch mindestens um 10 bis 15 Prozent verteuert. Wem die volkswirtschaftlichen Schäden einer Schlachtsteuer bis jetzt nicht bekannt waren, den muß der vierwöchige Erfolg zu der Überzeugung gebracht haben, daß sie für die Landwirtschaft nachteilig und für den Verbraucher preisverteuernd wirkt und daher als unsozial bezeichnet und sofort abgeschafft werden muß. Aufgabe der Reichsregierung muß es sein, diese die Produktion und den Verbrauch gleich schädigende Belastung sofort außer Kraft zu setzen, wenn sie verhindern will, auf der anderen Seite das Doppelte und Dreifache als „Stützungsmaßnahmen" erstatten zu müssen. Die Einfuhr aus dem Auslande ist zwar von Monat zu Monat geringer geworden, trotzdem drückt jedes Pfund Einfuhr die inländischen Preise. Gefrierfleisch ist so gut wie gar nicht mehr auf dem Markt. Infolge erhöhter Einkäufe im Monat Juni, veranlaßt durch erhöhte Nachfrage wegen der am 1. Juli eingeführten Schlachtsteuer, war die Preisgestaltung Ende Juni auf dem Viehmarkt fester, so daß eine Abschwächung der Preise dadurch verhindert wurde. Man kann die Preisbildung in den Monaten Juni und Juli daher nicht als normal bezeichnen; sie war spekulativer Natur, die sich bald rächte. Infolge Veränderung des Bedarfs während der Sommermonate in den einzelnen Großstädten trat im Monat Juli eine Verschiebung von Angebot und Nachfrage ein, so daß hierauf auch die vollständige Verschiedenheit der Preisentwicklung auf den einzelnen Märkten zurückzuführen ist.

Das Angebot auf dem Rindermarkt war durchaus normal, nur fehlte es bei Rindern an Qualitätsware, die im Preise eine feste Grundtendenz aufwies. Wenn gleichzeitig auf verschiedenen Märkten Bullen und Kühe besser gefragt und höher bewertet wurden, so ist dies zurückzuführen auf eine vermehrte Verwendung dieser „schlachtsteuergünstigen" Qualitäten. Im großen und ganzen war die Tendenz zwar schwankend, immerhin konnten die Preise um 1 bis 3 Pfennig per Pfund profitieren, um gegen Schluß des Monats wieder abzuflauen. — Reichlicher Regen begünstigte die Weiden, so daß sich bisher ein größeres Angebot von Weidemastvieh auf den Märkten noch nicht bemerkbar gemacht hat. Infolgedessen war auch der Druck nicht so stark wie in der gleichen Zeit des Vorjahres, zumal die Preise in diesem Jahre wesentlich niedriger lagen. Auch die Zinspolitik ist heute etwas günstiger zu beurteilen.

Auf dem Kälbermarkt war das Angebot nach wie vor reichlich, aber wesentlich niedriger als im Vorjahre. Trotzdem fiel der Preis bis Mitte Juli unaufhaltsam weiter. Erst in der zweiten Hälfte des Monats zeigte sich wieder etwas mehr Interesse bei langsam steigenden Preisen. Die Schlachtsteuer trug wesentlich dazu bei, fortgesetzt Preisschwankungen von Markt zu Markt hervorzurufen.

Auf dem Schafmarkt war das Angebot etwas geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres, aber immerhin reichlich genug, um dem Bedarf vollauf zu genügen. Exportgeschäfte konnten auch in diesem Monat infolge der Einfuhrsperre des Auslandes so gut wie nicht getätigt werden. Der Verbrauch ging ständig zurück, so daß die Preisentwicklung nicht befriedigte. Auf den Wollauktionen ist ein Umschwung noch nicht bemerkbar. Trotzdem große Vorräte nirgends vorhanden sind, verhalten sich die Käufer sehr zurückhaltend, da auch die Weltmarktpreise sehr daniederliegen.

Die Zufuhren auf dem Schweinemarkt gestalteten sich infolge der verschiedenen Streiks wenig übersichtlich. Im großen und ganzen waren sie geringer als im Vormonat. Auf einzelnen Märkten hat man Stützungskäufe vorgenommen. Die allgemeine Tendenz ist zwar fest, es besteht aber wenig Neigung — solange die Schlachtsteuer besteht —, höhere Preise anzulegen. So wirkt sich die Schlachtsteuer zunächst auf dem Rücken der Landwirtschaft aus, während gleichzeitig der Verbrauch weiter zurückgeht. Im Monat Juni wurden noch um fast 50 Prozent mehr Schweine eingeführt als im Monat Mai!

Auf dem Zucht- und Nutzviehmarkt haben die Zufuhren durchweg eine Verminderung erfahren. Die Übersichtlichkeit wird erschwert durch viele Sondermärkte und Auktionen. Nachfrage nach guten Milchkühen für Süddeutschland war wohl vorhanden, aber infolge der schlechten Absatzmöglichkeiten für Milch nur zu gedrückten Preisen. Zugochsen waren nur vereinzelt gefragt und in der Preislage von 24 bis 26 Mark in den Bezugsgebieten gehandelt, während für Zuchtbullen sich fast nirgends Interesse zeigte.

Auf dem Ferkel- und Läuferschweinemarkt war die allgemeine Tendenz sehr ruhig. Die Zufuhren waren nur auf einzelnen Märkten etwas größer. Die ungenügenden Schlachtviehpreise veranlassen die Mäster zu größter Vorsicht, zumal Kredite noch immer sehr schwer zu beschaffen sind.

Der Gesamtbestand an Schweinen wird um rund 1 250 000 Stück geringer angegeben. Nachdem Aussicht besteht, daß die Zölle für Schmalz und Speck eine Erhöhung erfahren und damit auch die Einfuhr erschwert wird, dürften für die inländische Erzeugung sich etwas günstigere Aussichten für die Zukunft bieten. **Die Maßnahmen werden sich aber erst im Laufe des Winters auswirken und voraussichtlich auch die Gesamtlage des Viehmarktes nicht günstig beeinflussen. Mit Rücksicht auf die allgemein ungünstige Wirtschoftslage wird man allerdings nicht damit rechnen dürfen, daß die Preise von heute zu morgen eine wesentliche Steigerung erfahren. Die große Arbeitslosigkeit verhindert auch weiterhin ein Steigen des Verbrauchs.**

Auf dem Pferdemarkt war das Angebot etwas kleiner als im Vormonat. Die Nachfrage für landwirtschaftliche Zwecke war besser, so daß die Preise durchweg etwas anziehen konnten.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 3. August 1932.

Der Saisonschlußverkauf.

So und nicht anders soll das fortan heißen — also nicht mehr Saisonausverkauf, wie wir das bisher zu lesen und zu hören gewohnt waren. Die Kaufmannschaft hat sich auf „Schlußverkauf" geeinigt, und behördliche Stellen werden vielleicht auch ein Wort mitgesprochen haben. Und es ist auch etwas durchaus Richtiges an der neuen Fassung, denn was jetzt und bei ähnlichen Anlässen getätigt wird — wir denken da z. B. an den Inventurausverkauf —, ist nie und nimmer Ausverkauf eines ganzen Warenlagers, sondern eben nur ein Verkauf von Waren, die den Saisonschluß im Geschäft nicht überdauern sollen, weil sie in der kommenden Saison nicht mehr modern sein könnten, und weil das Lager einigermaßen geräumt und befreit werden muß, damit Platz werde für neue Waren.

Das ist der tiefere Sinn des großen Schlußverkaufes, der in diesen Tagen in deutschen Geschäften begonnen hat und sich über mehrere Wochen erstrecken darf, das und nichts anderes. Es darf also niemand auf den Gedanken kommen, daß ihm Minderwertiges angeboten werde in der Schlußverkaufszeit: es handelt sich vielmehr fast ausschließlich — Ausnahmen würden nur die Regel, die Regel, daß der deutsche Kaufmann ein ehrlicher, ehrsamer Kaufmann

Schafft Arbeit und Brot!

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindeverbandes.

Der Vorstand des Verbandes der Preußischen Landgemeinden trat gemeinsam mit einem zur Erörterung des Arbeitslosenproblems gewählten Ausschuß der Landgemeinden in Berlin zusammen, um zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung zu nehmen. Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gereke-Pressel, wies auf die bekannte, für die Gemeinden unhaltbar gewordene Lage hin, die es den Gemeinden auf längere Sicht völlig unmöglich mache, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wohlfahrtserwerbslosen weiter nachzukommen. Auch eine nach den Wünschen der Landgemeinden sozial und gerecht aufgebaute Reichsarbeitslosenfürsorge könne nie das Grundübel, die Erwerbslosigkeit, beseitigen. Letzteres sei nur möglich durch ein umfassendes, planvoll aufgestelltes Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen Durchführung mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden müsse.

Der Landgemeindeverband habe eingehend die zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannten Vorschläge geprüft, die zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit gemacht worden sind, insbesondere die von Dr. Herpel gemachten Vorschläge, denen zum Teil auch schon praktische Erfahrungen zugrundeliegen. Man müsse ganz offen feststellen, daß Privatinitiative heute nicht ausreiche, um wieder für sechs Millionen Erwerbslose Arbeit und Brot zu schaffen, sondern es sei die vordringlichste Aufgabe der öffentlichen Hand, hier bahnbrechend voranzugehen. Wie in der Vergangenheit, so müsse auch heute die öffentliche Hand die Durchführung großer volkswirtschaftlicher Aufgaben betreiben und damit die Wirtschaft neu beleben. Die Finanzierung habe nach wie vor auf der Grundlage der Kreditschöpfung durch die öffentliche Hand zu erfolgen. Diese Kreditschöpfung könne sich nur stützen auf die Steuerkraft der Bevölkerung. Allerdings sei es nicht angängig, diese Kredite der öffentlichen Hand mit hohen Zinsen zu belasten und damit der Wirtschaft untragbare Ausgaben aufzuerlegen. Die Kreditschöpfung müsse vielmehr neben einem ganz geringen Verwaltungskostenbeitrag völlig zinsfrei sein. Die allseits als notwendig anerkannte Herabsetzung der heute unerträglich hohen Zinsen würde dadurch stark gefördert werden, weil Reich, Länder oder Gemeinden nicht mehr als Kreditnehmer auf dem Anleihemarkt auftreten. Die durch Aufbauarbeiten belebte Wirtschaft würde außerdem die Möglichkeit erhalten, neues Sparkapital anzusammeln, und dadurch würde ein vergrößertes Kapitalangebot geschaffen. Das leider weitgehend geschwundene, für eine Belebung der Wirtschaft aber unbedingt notwendige Vertrauen in die öffentliche Hand werde in dem Augenblick wieder hergestellt sein, wo es gelingt, die Masse der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß wieder einzuschalten.

Dr. Gereke schlug dann folgende Richtlinien für die Weiterverfolgung der Arbeiten vor:

1. Reich, Länder, Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Belebung des Arbeitsmarktes volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten vorzunehmen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen.

2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrs- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einheitlich unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörperschaften aufzustellen und durchzuführen.

3. Grundsätzlich sollen die Arbeiten zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Belebung erfährt und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gestärkt wird.

4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in beschränkten Grenzen gehaltene zinslose Kreditgewährung auf der Grundlage des Hoheitsrechtes der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten.

5. Der bargeldlose Verkehr ist im Interesse der Finanzierung der Aufbauarbeiten durch Ausbau des Giralverkehrs und durch Verschärfung des Scheckgesetzes zu erweitern.

6. Die Kredite sind in ihrer Laufzeit entsprechend dem verwendeten Zweck zu begrenzen.

7. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsbehörden im Einvernehmen mit den Kreditausschüssen zu überwachen.

Als Ergebnis einer sehr eingehenden Aussprache stellte Dr. Gereke die grundsätzliche einhellige Zustimmung zu diesen ersten Richtlinien fest. Allseitig wurde darauf hingewiesen, daß keine Zeit mehr zu verlieren und daß es angesichts der ungeheuren Not nicht mehr angängig sei, sich diesen Problemen lediglich voller Bedenken und negativer Kritik oder mit leeren Redensarten gegenüberzustellen. Notwendig sei vielmehr, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden noch in den nächsten Wochen diese Pläne verwirkliche zur Vermeidung der sonst unabwendbaren wirtschafts- und staatspolitischen Gefahren, die bei Fortdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit zwangsläufig entstehen müßten.

Schwere Gewitterschäden im Bayerischen Oberland.

Verheerungen auf der Mittenwaldbahn.

Über die Gegend des Isarwinkels, über das Inntal und über verschiedene Gebiete des Bayerischen Oberlandes sind schwere Gewitter niedergegangen, die teilweise von Hagelschlag und Wolkenbruch begleitet waren. In der Umgebung von Bad Tölz wurde infolge von Überschwemmungen großer Schaden angerichtet. Die Gemeinden Fischbach und Flinsbach im Inntal wurden besonders schwer heimgesucht. Hier wurde

die Ernte vollständig vernichtet;

das Obst wurde fast völlig von den Bäumen geschlagen. In der Gegend von Ramsau bei Berchtesgaden hat ein Hagelwetter die Getreide- und Obsternte fast vollkommen vernichtet. In der Rosenheimer Gegend ist man dem Unwetter mit dem Hagelschießen zu Leibe gerückt.

Auch über Innsbruck und Umgebung entlud sich ein heftiges Gewitter, das zu großen Verkehrsstörungen führte. Besonders folgenschwer waren die Verheerungen auf der Mittenwaldbahn, wo die Strecke bei Gießenbach in großem Ausmaß verschüttet wurde. Der Zug fuhr mit der Lokomotive und einem Wagen in die Erdmassen hinein und blieb stecken. Militär mußte zur Freimachung der Gleise herangezogen werden.

Krieg in Südamerika?

Mobilmachung in Bolivien und Paraguay.

In Südamerika herrscht in höchstem Grade Kriegsstimmung. Nach Meldungen aus Buenos Aires ist der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay offiziell zwar noch nicht erklärt, doch wird er als unmittelbar bevorstehend betrachtet.

Die neue Verschärfung der Lage ist auf die Einnahme des paraguayanischen Forts Bouqueron durch bolivianische Truppen zurückzuführen, wodurch das Kriegsfieber in den beiden Staaten seinen Höhepunkt erreicht hat. In der Hauptstadt von Paraguay ist der Belagerungszustand erklärt worden. Der paraguayanische Außenminister Arbo hat in Beantwortung der Note des Präsidenten des Völkerbundrats die Bereitwilligkeit Paraguays erklärt, sich einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterwerfen.

In La Paz, der Hauptstadt Boliviens, wurde die Nachricht von der Einnahme des Forts Bouqueron von der Bevölkerung mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Die Menge veranstaltete große nationale Kundgebungen in den Straßen. Der Zündholzkönig Patino soll der bolivianischen Regierung mehrere Millionen Mark und 15 Kriegsflugzeuge zur Verfügung gestellt haben. Der bolivianische Außenminister Zalles lehnte in einer amtlichen Verlautbarung die vom paraguayanischen Gesandten in Chile vorgeschlagene Vermittlung ab.

Das Fort Bouqueron gehört zu dem von beiden Staaten heiß umstrittenen Gran-Chaco-Gebiet, um dessentwillen es bereits im Dezember 1928 zu einem Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden südamerikanischen Republiken gekommen war. Der Ausbruch eines bewaffneten Streites zwischen Bolivien und Paraguay wurde damals durch die sofort einsetzende Vermittlungsaktion anderer Staaten, vor allem Argentiniens, hintangehalten. Neben der von der Panamerikanischen Konferenz eingesetzten Kommission für Aussöhnung und Schiedsgerichtsbarkeit, die in Washington eigens zu einer Sitzung einberufen wurde, beschäftigte sich auch der Völkerbundrat unter dem Vorsitz Briands mit der Frage. Schließlich wurde von beiden Ländern die Vermittlung der panamerikanischen Schiedsgerichtskommission angenommen. Die Frage, welcher Teil im Gran Chaco die friedlichen Beziehungen gestört habe, sollte durch einen Ausschuß, der aus je einem Vertreter Argentiniens, Brasiliens, Uruguays, Kubas und der Vereinigten Staaten und aus je zwei Vertretern Boliviens und Paraguays gebildet wurde, entschieden werden. Nachdem es im Juli 1931 neuerlich zu einem Zusammenstoß im Gran-Chaco-Gebiet gekommen war, nahmen beide Regierungen im Oktober 1931 den Vorschlag der Vereinigten Staaten und neunzehn anderer amerikanischer Republiken an, der den Abschluß eines Nichtangriffspaktes empfahl, der jedoch bisher nicht zustandegekommen ist.

Noch immer Ueberfälle

40 Verhaftungen in Königsberg.

Dr. Bracht an Dr. von Bahrfeldt.

Der Königsberger Regierungspräsident hat dem stellvertretenden Reichskommissar für Preußen und Innenminister Dr. Bracht einen Bericht über die blutigen Vorfälle, die sich am Montagmorgen in Königsberg abspielten, zugehen lassen. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Polizei nach kurzer Zeit vollkommen Herr der Lage war. Alle Versuche zu weiteren Ruhestörungen konnten sofort unterdrückt werden. Es herrscht jetzt wieder vollkommene Ruhe, doch hat die Polizei starke Vorkehrungen gegen eine etwaige Wiederholung der Unruhen getroffen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes für Königsberg ist nicht geplant. Im ganzen sind 40 Personen, die der Täterschaft verdächtig sind, in Haft genommen worden.

Bis jetzt, so wird von zuständiger Stelle betont, ist es nicht gelungen, die Parteizugehörigkeit der Verhafteten, unter denen sich offenbar nichtortsansässige Elemente befinden, festzustellen. Die Verhafteten verweigern einheitlich jede Aussage über ihre Parteizugehörigkeit. Der Reichskommissar betont, daß man die Untersuchung mit aller Beschleunigung führen werde, um die Schuldigen schnellstens festzustellen. Im einzelnen wird noch bekannt, daß die Überfälle innerhalb einer Stunde in der Frühe des Montags ausgeführt wurden. Die Polizei glaubt, daß die Überfälle im Zusammenhang miteinander stehen. Bei dem Versuch, eine Tankstelle in Brand zu setzen, wurden, so meldet die Königsberger Polizei, einige SA.-Leute in Uniform festgenommen. Weiter teilt die Polizei mit, daß ein junger SA.-Mann einen SA.-Führer beschuldigt habe, zu Plünderungen aufgefordert zu haben. Nach Auffassung an zuständiger Stelle in Königsberg haben sich jüngere Leute in der Wahlnacht unter dem Eindruck des Wahlergebnisses zur Ausführung der Überfälle zusammengetan. Ein bestimmter Verdacht in parteipolitischer Richtung könne jedoch noch nicht ausgesprochen werden.

Dr. Bracht hat an Dr. von Bahrfeldt,

den in seiner Wohnung überfallenen Regierungspräsidenten a. W., das folgende Telegramm gerichtet: „Beglückwünsche Sie zum Mißlingen ruchlosen Attentats und wünsche baldige Wiederherstellung."

Anschläge in Marienburg.

In der Nacht zum Dienstag sind in Marienburg Anschläge gegen die Wohnungen einiger Persönlichkeiten verübt worden, so gegen die des Polizeiinspektors Riedel, des Stadtbaurats Mollenhauer und gegen die Wohnung des Führers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Rahn. Die Wohnungen sind von bisher unbekannten Tätern beschossen worden. Durch die Fenster wurden

Flaschen mit Salzsäure

geworfen, durch die in den Wohnungen Sachschaden entstand. Personen sind bei den Überfällen nicht zu Schaden gekommen. Über die Täter läßt sich vorläufig noch nichts sagen. Man nimmt an, daß die Taten von kleinen Trupps ausgeführt worden sind, die sehr vorsichtig zu Werke zu gehen scheinen, denn die verstärkten Polizeistreifen haben in der Nacht keinen einzigen dieser Trupps zu Gesicht bekommen.

Attentat in Schlesien.

In Goldberg sind auf die Wohnung des seines Amtes enthobenen Landrats Gauglitz, die im Landratsamte liegt, mehrere Schüsse abgegeben worden. Eine Kugel hat die Fenster durchschlagen und ist in der Decke des Wohnzimmers steckengeblieben. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

In Liegnitz warf ein unbekannter Motorradfahrer, als er auf der Bismarckstraße am Volkshause vorbeifuhr, einen Sprengkörper gegen das Haus. Personen wurden nicht verletzt, doch wurde geringer Sachschaden angerichtet.

Schlägereien und Schießereien in Nord und Süd.

In Sternberg in Mecklenburg kam es zu nächtlichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Bei den Schlägereien wurden nach nationalsozialistischen Mitteilungen ein Scharführer schwer und vier weitere Hitlerleute leicht verletzt.

Bei Köln wurde ein Auto mit 15 Nationalsozialisten, die schwere Ausschreitungen unter Anwendung von Waffengewalt begangen haben sollen, von der Polizei festgehalten. In dem Wagen fand man sechs geladene Pistolen schweren Kalibers mit Ersatzmunition. Die Nationalsozialisten wurden festgenommen.

In Mannheim wurden gegen das Haus der Arbeiterzeitung zwei Schüsse abgegeben. Verletzt wurde niemand.

In Nürnberg wurden ein polizeiliches Überfallkommando und Bereitschaftspolizei, die bei einem Auflauf eingreifen wollten, mit Blumenstöcken, Bierflaschen und Ziegelstücken beworfen. Die Polizei wurde dann auch beschossen und erwiderte das Feuer. Ein Mann wurde durch einen Kopfstreifschuß verletzt. Sieben Personen wurden verletzt. Auch in Zirndorf bei Nürnberg kam es zu Zusammenstößen. Drei Reichsbannerleute und zwei Nationalsozialisten wurden verletzt.

*

70 Schlaginstrumente beschlagnahmt.

In Stadtroda wurde im Anschluß an Reibereien zwischen Kommunisten und Reichsbanner einerseits und Nationalsozialisten andererseits von der Jenaer Polizei eine Haussuchung vorgenommen. Nach dem Polizeibericht wurden in der Konsumvereinsbäckerei 70 Schlaginstrumente meist schwerster Art beschlagnahmt. Darunter befanden sich 50 besonders zurechtgeschnittene schwere Knüppel, zehn Totschläger, Schlagringe, Drähte mit schweren Schrauben und ein feststehendes Messer.

Unter den in der Konsumvereinsbäckerei betroffenen Personen hätten sich auch Fremde befunden, von denen die Polizei annimmt, daß sie nicht in friedlicher Absicht von auswärts herbeigeholt worden waren.

*

Die NSDAP. dementiert.

Die Reichspressestelle der NSDAP. in München teilt mit: „Die am 1. August veröffentlichte Havasmeldung aus Berlin über eine angeblich im Laufe der Nacht zum Montag unter Vorsitz Adolf Hitlers stattgefundene Konferenz und anschließende Entsendung der Abgeordneten Strasser, Göring und Frank mit einem Ultimatum Hitlers an die Reichsregierung ist von A bis Z frei erfunden. Schon allein der Umstand, daß keiner der drei Abgeordneten zur angegebenen Zeit in München war, zeigt, wie unverantwortlich von gewisser Seite gegen die NSDAP. gewühlt wird."

Bischof Dr. Schreiber 60 Jahre alt.

Der Werdegang des Kirchenfürsten.

Am 3. August vollendete Bischof Dr. Christian Schreiber das 60. Lebensjahr. Er wurde in Somborn bei Gelnhausen (Provinz Hessen-Nassau) geboren. Nach Ablegung des Abiturientenexamens studierte er Philosophie und Theologie, zuerst in Fulda und dann in Rom im Collegium Germanicum. Im Oktober 1898 erhielt er die Priesterweihe. Von Ostern 1907 bis Herbst 1921 war er in Fulda als Professor der Theologie tätig. 1921 berief ihn Papst Pius XI. auf den

Bischofsstuhl der wiedererrichteten Diözese Meißen.

Am 10. September 1929 ernannte ihn der Papst zum Apostolischen Administrator des auf Grund des preußischen Konkordates gegründeten Bistums Berlin. Die feierliche Inthronisation Dr. Schreibers als Bischof von Berlin fand am 31. August 1930 statt.

Zwei Jahre Maisgeld.

Am 1. August 1932 waren es zwei Jahre her, daß seitens der Reichsregierung den Vorkämpfern in der deutschen Geflügelhaltung durch die sogenannte Maisaktion eine besondere Belohnung zuteil wird. Dies sind im wesentlichen die zu Absatzgenossenschaften zusammengeschlossenen Geflügelhalter, deren Ware nach der amtlichen Qualitätskontrolle den Adler-Trinkeierstempel erhalten.

In der Praxis ist das Wesen der Maisaktion leider noch viel zu wenig bekannt. Zum Schutze des deutschen Getreidebaues belegt die Reichsmaisstelle allen nach Deutschland eingeführten Mais mit einem beträchtlichen Monopolaufschlag. Den vorgenannten begünstigten Hühnerhaltern werden jedoch 15 Kilogramm Mais je 100 genossenschaftlich abgelieferte Eier (bezw. bei den anerkannten Zuchtbetrieben je Henne jährlich) mit einem ermäßigten Monopolaufschlag überlassen. Der Mais braucht

ist, bestätigen — um Waren, die der Geschäftsmann unbedingt wegbringen will, weil er immer auf der Höhe bleiben, immer mit Neuem kommen muß, wenn er in dem schweren Wettbewerb unserer schweren Tage bestehen und nicht überflügelt und übertrumpft werden will. Daß alles korrekt und ordnungsmäßig zugehe, darauf achtet schon „die Konkurrenz" und achten natürlich auch die Behörden.

Schlußverkäufe sind längst nicht mehr eine Sache nur der großen Städte: sie sind auch anderwärts eingeführt, und es gibt kaum noch einen Bezirk, in dem sie nicht irgendwo veranstaltet würden. Und das ist gut so, denn auf diese Weise hat jeder, der kaufen will, d. h. billig kaufen will, Gelegenheit, in seinem Wohnort selbst oder doch im näheren Umkreise seines Wohnbezirkes seine Einkäufe zu besorgen, und eine Kaufmannschaft, die ihm schon bekannt und vertraut ist, zu unterstützen. Die Verkäufe finden nicht überall zu gleicher Zeit statt, sie müssen aber innerhalb einer bestimmten, genau festgelegten Periode eröffnet und geschlossen werden. Ein Darüberhinaus gibt es dann nicht! Die höchstzulässige Dauer ist wohl überall drei Wochen, und der Beginn ist jetzt gewöhnlich der 1. August. Mit dieser Regelung scheint man nicht durchweg zufrieden zu sein, weil viele sich sagen, daß ein großer Teil des Publikums, das im Juli Urlaub genommen hatte, wahrscheinlich ohne Geld nach Hause komme und deshalb nicht kaufkräftig genug sei. Aber solche Befürchtungen sind sicher stark übertrieben und könnten allenfalls für die großen Städte einige Geltung haben. Im allgemeinen dürfte es so sein, daß von den vielfach erheblichen Preissenkungen gern Gebrauch gemacht wird, sobald nur irgendwelches Geld „im Kasten klingt", was jetzt ja leider auch außerhalb der Ferien nicht immer der Fall ist. In den Schaufenstern und auf den Ladentischen sind geschmackvoll und einladend die zu verkaufenden Waren ausgestellt, und die Geschäftsleute hoffen, daß das Publikum von dieser besonderen Gelegenheit, billig zu kaufen, regen Gebrauch machen werde. Im Interesse unserer daniederliegenden Wirtschaft ist zu wünschen, daß ihre Hoffnungen nicht zuschanden werden!

—* **Sperrung der Möhnestraßen an Sonn- und Feiertagen.** Der Regierungspräsident in Arnsberg hat mit Zustimmung des Bezirksausschusses eine Polizeiverordnung für den Kreis Soest erlassen, durch die an Sonn- und Feiertagen vom 1. Mai bis 30. September für den gesamten Kraftwagenverkehr folgende Straßen gesperrt sind: 1. der südliche Randweg an der Möhnetalsperre von Drüggelte bis Stockum von 9 bis 20 Uhr, und 2. die Möhnestraße von Kilometerstein 48,0 (etwa 50 Meter unterhalb des Kleinbahnhofs Sperrmauer nach Günne zu) bis Niederbergheim von 12—19 Uhr. Ausnahmen von dem Verbot des Befahrens der gesperrten Straßen können in besonders begründeten Einzelfällen vom Regierungspräsidenten in Arnsberg zugelassen werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

—* Die im vorigen Jahre beschlossenen **Spar- und Reformmaßnahmen** des preußischen Staatsministeriums sehen die Zusammenlegung von 105 Landkreisen vor. Das geschieht in der Form, daß immer zwei der in der Reform einbezogenen Landkreise zu einem neuen zusammengelegt werden mit Ausnahme eines Falles, in dem die Zusammenlegung drei Kreise umfaßt. Dazu kommt noch die Aufteilung von vier Landkreisen auf mehrere andere. Auf diese Weise vermindert sich die Zahl der insgesamt 408 preußischen Landkreise auf 351.

In der Rheinprovinz sind folgende Zusammenlegungen vorgesehen:

Kreuznach und Weisenheim, Kreissitz Kreuznach.

Im Regierungsbezirk Köln:

Mülheim a. Rh. und **Wipperfürth, Kreissitz Köln-Mülheim. Gummersbach und Waldbröl, Kreissitz Gummersbach.** — Im Regierungsbezirk Aachen: Geilenkirchen und Heinsberg, Kreissitz Geilenkirchen.

Halver

—)(Viel fleißige Hände regen sich, um nun auch die Arbeiten an dem **Strandbad Herpine** ihrem Ende näher zu bringen. Der Staudamm ist bis zur Kronenhöhe fertiggestellt. Es fehlt nur noch die Abdeckung der dem Wasser abgekehrten Seite mit Rasen. Augenblicklich ist man an der Südseite des Staubeckens damit beschäftigt, den Rasen abzuheben, die Ufer mit demselben zu bekleiden und zur Vergrößerung des Wasserbeckens noch Erdbewegungen auszuführen. Landschaftlich und idyllisch schön gelegen wird sich Strandbad Herpine nach seiner Fertigstellung würdig anreihen an die drei innerhalb Jahresfrist bereits hier schon eingeweihten Strandbäder.

—)(**„Gaststätte zur Naturbühne"** sind jetzt die Wirtschaftslokalitäten des Herrn Aug. Rafflenbeul (früher Ww. Aug. Berker) am Linken benannt.

—=) **Hohe Auszeichnung.** Bei dem am Sonntag vom Eilper M.-G.-V. veranstalteten Gesangwettstreit errang u. a. der Quartettverein Hagen-Delstern unter Leitung des Dirigenten Seuthe in der 1. Stadtklasse, als kleinster Verein in der Klasse mit höchster Punktzahl 657 Punkte den 1. Klassenpreis, 1. Höchstpreis, 2. Ehren- und 2. Haupt-Ehrenpreis. Herr Seuthe ist Chorleiter des M.-G.-V. Liedertafel-Halver und des M.-G.-V. Oeckinghausen und eine in Sängerkreisen geachtete Persönlichkeit.

Schalksmühle

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Ein Geldbeutel. Eigentumsansprüche sind in der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle geltend zu machen.

—x Ein **Treibriemendiebstahl** in der Nacht zum Dienstag aus dem Holzsägewerk der Firma Walter Gödersmann kommt nach mehrfach sich wiederholten Diebstählen von Feld- und Gartenfrüchten in der Umgebung durch Waldbeerensammler wiederum auf das Konto dieser Waldbeerensammler. Der Treibriemen, der die ansehnliche Länge von 13 Metern und 15 cm Breite hatte, wurde, als der Betrieb des Sägewerks am Dienstag früh aufgenommen werden sollte, vermißt. Da in den letzten Nächten des öfteren Waldbeerensammler in den Werksräumen bezw. bei den Anwohnern übernachtet haben, ist bestimmt damit zu rechnen, daß der Riemen durch diese entwendet wurde. Die Polizei hat die Nachforschungen nach den Dieben sofort aufgenommen.

—x Die **Reparaturarbeiten** an dem Mauerwerk, welches sich von der G. Krampeschen Besitzung bis zur Fr. Geßlerschen Besitzung an der Hälver entlang hinzieht und den Bahnkörper der Kreis Altenaer Eisenbahn trägt, sind nun nahezu vollendet. Es bedarf nur noch der Ausfugung der Hälverbrücke in unmittelbarer Nähe der Firma Johs. Stahl Nachf. Etwa 7—8 Wochen nahmen die umfangreichen Arbeiten in Anspruch, die dem Mauerwerk aber auch nicht nur allein ein ansehnliches Aussehen, sondern eine bessere Festigkeit und der Kreis Altenaer Eisenbahn eine größere Fahrsicherheit geben. Auch die Zauneinfriedigung wurde ausgebessert. Die gesamten Reparaturen wurden durch die hiesige Baufirma Wilhelm Löwen ausgeführt.

—:= **SGV.-Wanderplan.** Der diesjährige Wanderplan sieht Wanderungen verschiedenster Art über die interessantesten Strecken unserer engeren Heimat vor. Mehrere Nachmittags-, Tages- und Abendwanderungen sind bereits ausgeführt worden und haben den Beifall der zahlreichen Teilnehmer gefunden. Um auch wanderfrohe Mitbürger, die nicht Mitglied sind, für die schönen Ziele des SGV. zu interessieren und ihnen Anregung zu geben, als Gast an unseren Wanderungen teilzunehmen, seien die noch bevorstehenden Wanderungen hier bekannt gegeben:

Sonntag, den 7. Aug.: Nachmittagswanderung, 2 Uhr vom Eingang Klagebach über Hangweg am Dahlhauser Kopf — Flaßkamp — Linscheider Schule — Mühle nach Rummenohl. Rückkehr Volmehangweg — Schalksmühle. Führer: Gust. Schröder jr.

Sonntag, den 21. Aug.: Morgenwanderung, 6,30 Uhr vom Schulplatz über Wanderstrecke 20 (neue Führung über Reeswinkel) zur Glörtalsperre. Rückkehr über Hangweg zur Waldschule — Asenbach. Führer: H. Heusinkveldt.

Sonntag, den 4. Sept.: Tageswanderung, 7 Uhr vorm. Fahrt nach Meinerzhagen, Wanderung über Nordhelle —Versetalsperre nach Kierspe. Rückkehr mit der Bahn. Führer: R. Schulte.

Sonntag, den 18. Sept.: Nachmittagswanderung, 2 Uhr vom Schulplatz über Dahlerbrück — Im Dahl — Stöcker Schule nach Reckhammer. Rückkehr über Bühren — Stöcken — Dahlerbrück. Führer R. Schulte.

Sonntag, den 2. Okt.: Tageswanderung, 7 Uhr vorm. von Loewen über Polizeistation — Othmaringhausen —Magdheide—Dommelnheide — Buschhausen zur Ennepetalsperre — Burbach. Rückkehr über Becke—Hürxtal—Schlechtenbach—Oeckinghausen. Führer Th. Schulz

Abendwanderungen werden eingelegt und durch Aushang bekanntgegeben. — Ueber die Vorzüglichkeiten und herz- und gemütstärkenden Wirkungen des Wanderns ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Kein Geringerer aber als unser großer deutscher Geistesheld Goethe ruft uns zu:

„Bleibe nicht am Boden heften;
Frisch gewagt und frisch hinaus!
Kopf und Arm mit heiteren Kräften,
Ueberall sind sie zu Haus;
Wo wir uns der Sonne freuen,
Sind wir jede Sorge los;
Daß wir uns in ihr zerstreuen,
Darum ist die Welt so groß.

Breckerfeld

—f **Gewitterschäden** verbunden mit dem Hagelschlag, haben auf unseren Feldern und auch auf den Gärten am vergangenen Sonntag erheblichen Schaden angerichtet. Auf einzelnen Roggenfeldern ist der Schaden recht bedeutend, bei einzelnen Landwirten ist das Unglück durch die Versicherung gedeckt.

—f Ein hohes Alter erreichte der Kleinschmied Gustav Baukloh von Epscheid. Körperlich und geistig frisch erreichte er das 78. Lebensjahr. Herr Baukloh verfügt heute noch über seine alte Schmiede, worin man noch Feuergeräte verfertigt; eine Tradition, die weit über 100 Jhare besteht, er hat die Ehre, seinen Geburtstag gleich mit der Geburtstagsfeier seiner Tochter Irma zu feiern; auch wir gratulieren herzlich.

—f Die schlechte **Wegstrecke von Priorei nach Breckerfeld**, welche schon längst ein vergessenes Stiefkind war, soll demnächst erneuert werden. Ein Wunsch, der allen Breckerfeldern am Herzen lag.

—f Ein **Unglücksfall** am 1. Kirmestage ereignete sich in einem hiesigen Wirtschaftsbetrieb. Ein Angestellter, der mit seinen Obliegenheiten beschäftigt war, geriet mit der rechten Hand zwischen 2 rollende Bierfässer und verletzte sich recht unglücklich. Dr. Buddeberg leistete die erste Hilfe.

Kierspe

—)) Die **Revision der Quittungskarten** beginnt am 8. 8. 1932 im Amte Kierspe. Quittungskarten und Aufrechnungsbescheinigungen sind zur Revision bereitzuhalten, auch muß Auskunft und Nachweis über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeitnehmer gegeben werden können.

Kierspe-Bhf.

—b Schon seit Jahren haben sich die gemeindlichen Körperschaften mit der endgültigen Festlegung der Grenze zwischen dem **Schulbezirk Kierspe und Kierspe-Bhf.** befaßt. Durch die verschiedensten Umstände wurde diese Angelegenheit aber immer wieder zurückgeschoben. Dadurch, daß durch Herrn Fritz Reppel in Bremickerhof ein Wohnhaus errichtet wurde und er sein Schulkind in die Schule nach Kierspe schicken sollte, wurde diese Frage akut. In der im Mai d. J. stattgefundenen Sitzung der Gemeindevertretung wurde eine Kommission gewählt, die die Behandlung dieser Frage vornehmen sollte. Inzwischen haben nun die verschiedensten Besprechungen stattgefunden und auch die in Frage kommenden, direkt an der vorgesehenen Grenze wohnenden Eltern sind um Stellungnahme ersucht worden. Nunmehr hat sich sowohl die Schuldeputation als auch die Gemeindevertretung (letztere durch Umlaufbeschluß) zu der Grenzfestsetzung geäußert. Nach den Beschlüssen dieser Korporationen soll nun Bremickerhof einschl. des Hauses von Reppel als auch die an der Straße von Wildenkuhlen nach Bordinghausen stehenden Häuser von Faßbender und Hahn zum Schulbezirk Kierspe-Bhf. gerechnet werden. Wie verlautet, haben aber interessierte Persönlichkeiten noch Stellung zu dieser Grenzziehung genommen.

pn. **Hagen.** Freiwilliger Arbeitsdienst in Hagen. Bisher wurden die Erwerbslosen nur als Notstands- bezw. Pflichtarbeiter beschäftigt, oder als Fürsorgearbeiter. Bei all den Beschäftigungsarten war die Durchschnittsarbeitsleistung verhältnismäßig gering. Sie betrug an manchen Arbeitsstellen weniger als 50% der Arbeitsleistung der in freier Arbeit Stehenden. Bei dem freiwilligen Arbeitsdienst wurden bisher ganz andere Erfahrungen gemacht. Hier handelt es sich nicht um erzwungene, sondern um die Arbeitsleistung von nur arbeitswilligen und arbeitsfreudigen jungen Menschen. Da nach der Notverordnung die Unterstützungssätze für die beim freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen auch aus Reichsmitteln bezahlt werden, beabsichtigt die Stadt Hagen, ebenfalls Arbeiten im freiwilligen Dienste im größeren Umfange durchzuführen. Die Stadt will bei diesen Arbeiten nur als Träger der Arbeiten auftreten und den verwaltungstechnischen Teil durchführen. Die Durchführung der Arbeiten selbst soll dagegen den Vereinen bezw. Verbänden gewerkschaftlicher, konfessioneller, sportlicher oder kameradschaftlicher Richtung überlassen bleiben. Zur Ausführung sind vorgesehen: Anlage und Verbesserungen von Wanderwegen, Flußregulierungen, Uferschutzbauten, Herrichtung von Spiel- und Sportplätzen sowie Grünanlagen.

pn. **Iserlohn. Straßenraub und Diebstahl.** Die Unsicherheit auf den Landstraßen bewies gestern eine Verhandlung vor der Hagener Ferienstrafkammer 3 gegen den Kellner G. C., 1911 geboren, den 20jährigen Sattler W. O. und den 31jährigen Schlosser H. R. Diese drei Angeklagten sind sämtlich seit längerer Zeit erwerbslos, lernten sich in Menden auf der Wanderschaft kennen. C. hatte sich selbst sogenannte Künstlerpostkarten angefertigt und hat sich durch den Verkauf dieser Karten einen Verdienst verschafft. Dieses Geld wurde in Menden vertrunken und dann begaben sich alle drei auf den Weg nach Iserlohn. In ihrem Uebermut zertrümmerten C. ohne jeglichen Beweggrund bei dem Metzgermeister Falke eine Fensterscheibe. Als O. diese Heldentat sah schlug auch er eine Scheibe bei der Kolonialwarenhändlerin Ww. Schellhof ein. Auf der Friedrichstraße trafen sie nachts gegen 2½ Uhr den 52jährigen Arbeiter Fr. Tr. C. sprang auf diesen zu, bedrohte ihn und verlangte Geld. O. hielt T. fest und C. durchsuchte die Taschen. Sie fanden 55 Pfennig. R. meinte, T. sei doch ein armer Schlucker und die beiden Räuber sollten ihm das Geld wiedergeben. In ihrer Großzügigkeit erhielt dann T. 5 Pfg. zurück. Kurze Zeit darauf kam der Kellner H. H. auf der Wermingserstraße den drei Banditen entgegen. Auch dieser wurde angehalten. Mit dem Rufe: Geld heraus, sprang O. auf H. zu und wollte ihm die Taschen revidieren. Doch H. setzte sich gerade zur Wehr, als ein Personenauto die Stelle passierte. H. hielt das Auto an und bat, ihn doch mitzunehmen. So entrann er den Räubern. Ob dieser Heldentaten verspürten die drei Hunger und gingen aus, Lebensmittel zu stehlen. O. stieg in den Keller der Metzgerei Loe und holte einige Speckseiten und einen Schinken heraus. Auf einer in der Nähe liegenden Wiese wurde die Beute verzehrt, wenigstens teilweise, denn die Polizei erschien bald und nahm das Kleeblatt fest und stellte die Diebesbeute sicher. In der gestrigen Verhandlung waren die Angeklagten geständig. Sie entschuldigten sich mit Trunkenheit. Doch hatte die Polizei bei der Festnahme festgestellt, daß keiner betrunken war. R. ist schon wiederholt vorbestraft, die beiden anderen weniger. Das Gericht verurteilte C. wegen Straßenraubes, Diebstahl und Sachbeschädigung zu insgesamt 1 Jahr 1 Monat, O. wegen derselben Verbrechen, außerdem noch wegen versuchten Raubes zu insgesamt 1 Jahr und 3 Monate und R. wegen Rückfalldiebstahls zu 1 Jahr Gefängnis. Der Haftbefehl wurde aufrechterhalten. R. und C. nahmen die Strafe an, O. fand das Strafmaß zu hoch.

Neuenrade. Daß in dieser ernsten und schweren Zeit der Humor noch nicht ganz erloschen ist, beweist ein bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl abgegebener Wahlzettel unter der Ueberschrift: Gedankengänge eines Wählers. Einen Kommunisten wählen? Scheint mir für die Zukunft grau. Mit Adolf Hitler sich vermählen? Wär für den Proleten mau, Zentrums Kuhhandel unterstützen? Ist noch lange nicht egal, weil die Zahl der, die da sitzen, schon im Reichstag ist fatal. Ein Sozie? Ach, der zieht nicht mehr. Die andern kommen nicht in Frage. Man sieht, die Wahl ist heute schwer. Sie artet aus zur Landesplage. Drum laß die Kreise ich heut' offen, das wird wohl so das richt'ge sein. Dann brauch auf keinen ich zu hoffen und steure meinen Kurs allein.

Essen. Am 27. 7. 32 wurde in einem Essener Warenhaus ein Mann angehalten, der versuchte, ein falsches Zweimarkstück in den Verkehr zu bringen. Als der Verausgaber um die Angabe seiner Personalien gebeten wurde, ergriff er die Flucht. Bei der Verfolgung seitens des Abteilungsleiters warf er unterwegs noch Falschstücke fort. Auf dem Wege zur Polizei gelang es dann dem Falschgeldverbreiter mit Hilfe einer zweiten Person zu entkommen. Am 30. 7. 32, gegen 24 Uhr, als der Täter über den Viehofer Platz seine Wohnung aufsuchen wollte, begegnete er dem Abteilungsleiter des erwähnten Warenhauses, der dann seine Festnahme veranlaßte. Nach langem Leugnen bequemte er sich bei der Kriminalpolizei zu dem Geständnis.

Gemeindevertretung Hülscheid.

—: **Dahlerbrück.** Die hier tagende Sitzung der Gemeindevertretung Hülscheid hatte sich mit den schwierigen Schulverhältnissen in Dahlerbrück zu befassen, zu denen vorher eine Sitzung der Schuldeputation Stellung genommen hatte. Die Einrichtung einer fünften planmäßigen Schulklasse ist nicht möglich. Die Schule ist fünfklassig bei vier planmäßigen Lehrstellen. Für einen großen Teil der Kinder ergeben sich daraus manche Unzuträglichkeiten. Es war nun zu beraten, ob man von dem Angebot einer Firma in Dahlerbrück Gebrauch machen sollte, die einen geeigneten Raum gegen Erstattung der Miete, Heizungs- und Reinigungskosten hergeben wollte. Außerdem waren von der Gemeinde noch Umbau- und Einrichtungskosten aufzuwenden. Die Versammlung beschloß, unter der Voraussetzung, daß der Gemeinde keine Belastung erwächst, der Einrichtung der Klasse näherzutreten. Aus Gemeindemitteln kann nichts dafür ausgegeben werden. Von interessierter Seite sind aber schon Beihilfen zugesagt worden. Die Ueberlassung einer Wegeparzelle an einen Anlieger am alten Linscheider Weg beschloß die Versammlung nach einem besonderen Uebereinkommen zu regeln. Ein in der Gemeinde beschäftigter Gewerbeoberlehrer soll dadurch versichert werden, daß ihm die Mindestleistungen der Krankenkasse gewährleistet werden. — Der Bestand der außerordentlichen Rechnung des Haushalts 1931 in Höhe von 31 253,95 RM soll auf den ordentlichen Haushalt übernommen werden, da in absehbarer Zeit mit einer Verwendung im außerordentlichen Haushalt nicht zu rechnen ist. In vertraulicher Sitzung wurden Steuersachen verhandelt.

Nah und Fern

○ **Zwei Schwerverbrecher festgenommen.** Der Dresdener Kriminalpolizei gelang es heute, zwei langgesuchte Verbrecher, Hoffmann-Schöneberg und Maczey-Ortelsburg, festzunehmen. Die beiden hatten seit Monaten in Berlin und Dresden eine größere Anzahl von Überfällen auf Geschäfte, Kinokassen und Autodroschken „getätigt".

⊙ **Wirtschaftskrise auf dem Kaffernheiratsmarkt.** Unter der Weltwirtschaftskrise hat auch das Land der Zulukaffern in Südafrika zu leiden. Der Preis für eine Frau, der in Rindvieh bezahlt wird, ist um 70 Prozent gefallen. Die heiratslustigen Männer freuen sich, die Eltern heiratsfähiger Töchter aber sind betrübt.

Vergessen Sie nicht den 15. August! Das ist der letzte Einsendungstermin für die Lösung der unterhaltenden Schwarzkopf-Aufgabe „Kopf zerbrochen". Verlangen Sie kostenlos den Prospekt im Fachgeschäft — Geldpreise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen! Und gesundes und schönes Haar durch „Haarglanz"!

○ **Verfehlungen beim Reichsbahn-Olgaswerk Bremen.** Die Bremer Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit einem Betrug im Reichsbahn-Olgaswerk in Bremen, das von der Pintsch-A.-G., Berlin, betrieben wird. Vor mehreren Jahren hatte die Firma das Werk übernommen und umbauen lassen, als sie sich bei der Erzeugung von Kohlengas auf Ölgas umstellte. Seit dieser Zeit hat der Gasmeister Duffner durch betrügerische Maßnahmen am Uhrwerk der Gasanlage die Reichsbahn um Zehntausende von Kubikmeter Gas betrogen. Der Schaden wird auf mindestens 100 000 Mark beziffert. Die Firma Pintsch unterhält insgesamt 40 weitere solcher Betriebe und hat eine Art Monopol innerhalb der Deutschen Reichsbahn.

○ **Folgenschwere Fabrikexplosion in Emmerich.** Ein folgenschweres Explosionsunglück ereignete sich in Emmerich in der Trockenabteilung der Oxydogesellschaft für chemische Produkte. Durch die Explosion, die in der ganzen Stadt vernehmbar war, wurden in den umliegenden Straßenzügen zahlreiche Fensterscheiben eingedrückt und Dächer teilweise abgedeckt. Die Trockenabteilung, ein Wellblechgebäude, flog in die Luft. Da im Augenblick der Explosion Frühstückspause war, befanden sich nur zwei Arbeiter im Betrieb; sie wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. In den angrenzenden Straßen wurden mehrere Personen durch Drahtsplitter und Eisenteile leicht verletzt.

○ **Raubüberfall auf einen Geldtransport des Kölner Wohlfahrtsamtes.** Ein dreister Raubüberfall wurde in Köln auf ein Personenauto des städtischen Wohlfahrtsamtes, mit dem Gelder nach der Wohlfahrtskreisstelle in Köln-Bickendorf gebracht wurden, verübt. Als das Auto vor der Kreisstelle anhielt, sprangen drei Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren hinzu, bedrohten den Kassierer und seinen Begleiter mit dem Revolver und entrissen ihnen die Aktentasche mit dem Gelde. Während zwei der Burschen die Beamten mit den Revolvern in Schach hielten, zwang der dritte den Schofför zum Verlassen des Wagens, worauf die Räuber mit dem Auto davonfuhren. Trotz sofort aufgenommener Verfolgung konnten die Täter entkommen. Die geraubte Summe beläuft sich auf nahezu 4000 Mark.

Eine Scheune eingeäschert.

Acht Kälber umgekommen. — 150 Fuder Heu verbrannt.

In der Scheune des Landwirts de Taube in Horster Grashaus entstand, wie aus Wittmund gemeldet wird, Großfeuer. Die Scheune, die etwa 150 Fuder Heu barg, stand bald in hellen Flammen, so daß an eine Rettung des Gebäudes nicht zu denken war, während die anliegenden Gebäude geschützt werden konnten. In den Flammen kamen auch acht Kälber um. Außer sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften verbrannten 150 Fuder Heu. Das Feuer ist anscheinend durch Selbstentzündung von Heu entstanden.

Schmuggel mit — Papageien.

Käfige mit doppelten Böden.

Das Schöffengericht Meppen hatte sich mit einer Schmuggelaffäre zu befassen, deren Objekt nicht ganz alltäglich war. Durch andauerndes Piepsen aufmerksam gemacht, durchsuchte ein Zollbeamter des Bentheimer Grenzbahnhofs zwei Käfige, in denen 40 Aeffchen untergebracht waren. Es stellte sich heraus, daß die Käfige doppelte Böden hatten, und daß in diesen 200 Papageien und Wellensittiche verborgen waren, deren Einfuhr nach Deutschland wegen der Papageienkrankheit untersagt ist. Die Aeffchen sowohl als auch die Papageien wurden beschlagnahmt und für 790 Mark an eine Tierhandlung in Kreiensen verkauft. Sie waren von Holland eingeschmuggelt worden.

Eine ganze Familie mit Gas vergiftet.

Drei Todesopfer.

In Wilhelmshaven trug sich ein furchtbares Familiendrama zu, dem drei Personen zum Opfer fielen. Aus bisher ungeklärter Ursache hat der Geschäftsführer des Feuerbestattungsvereins, Püchel, den Gashahn aufgedreht und gemeinsam mit seiner Frau und seiner elfjährigen Tochter den Tod gesucht und gefunden.

Auf eigenen Wunsch erschossen.

Liebestragödie.

Eine Liebestragödie hat in Jiggel, so wird aus Lüchow berichtet, ein Todesopfer gefordert. Die 22jährige Haustochter Nieschulz, die von ihrem Verlobten, dem 19jährigen Gärtner Hinzmann, durch Kopfschuß schwer verletzt worden war, ist ihren Verletzungen erlegen. Das Mädchen hat vor seinem Tode betont, daß Hinzmann den Schuß auf ihren eigenen Wunsch abgegeben habe. Der Täter wurde dem Amtsgerichtsgefängnis in Lüchow zugeführt.

Der ungeschützte Bahnübergang.

Zwei Todesopfer.

Auf der Kleinbahnstrecke Bleicherode—Herzberg zwischen den Orten Groß-Bodungen und Klein-Bodungen wurde ein Kuhgespann von einem Personenzug überfahren. Ein Landwirtsehepaar, das auf dem Ackerwagen saß, fand dabei den Tod. Der Bahnübergang ist ungeschützt.

Orkan über Dänemark.

Deutsche Segeljacht in Seenot, ein Todesopfer.

Ein heftiger Orkan, verbunden mit schweren Gewittern, suchte Dänemark heim. Zahlreiche Brände wurden durch Blitzschläge verursacht. Die Ernte hat unter heftigem Hagelschlag schwer gelitten. Etwa fünfzig Kühe, die sich auf der Weide befanden, wurden getötet, mehrere Fischer- und Segelfahrzeuge sind gescheitert.

Eine deutsche Segeljacht, auf der sich der Lehrer Hans Ohle aus Neustrelitz mit Frau und zwei Schülern befand, geriet an der Südküste von Seeland bei Vordingborg in den Gewittersturm. Hierbei wurde Frau Ohle über Bord geschleudert und ertrank. Bald darauf scheiterte die Jacht. Die übrigen Insassen konnten gerettet werden. Die Leiche der Frau Ohle wurde an Land gespült.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 2. August.

Die Lage in Königsberg.

80 Verhaftungen.

Die Lage in Königsberg ist nach wie vor ruhig. Berittene Schutzpolizisten mit Karabinern ziehen durch die Straßen, ohne daß es irgendwie zu Zusammenstößen oder Ansammlungen kommt. Die Polizei ist außerordentlich stark in Anspruch genommen durch die weitere Untersuchung der Vorfälle vom Montag morgen. Immer wieder melden sich neue Zügel und werden neue Verhaftungen vorgenommen. Die Zahl der Verhaftungen ist auf etwa 80 gestiegen. Die Polizei ist mit Auskünften nach wie vor außerordentlich zurückhaltend; doch hat es den Anschein, als ob die Lage im großen und ganzen völlig geklärt ist. Sämtliche Fälle dürften bereits reif für die Staatsanwaltschaft und das Gericht sein.

v. Gronau in Chikago.

Wasserung auf dem Michigan-See.

Der Dornier-Wal des deutschen Fliegers v. Gronau traf am Dienstagabend über Chikago ein. Die Wasserung erfolgte um 19.50 Uhr auf dem Lake Michigan. v. Gronau und die übrigen Mitglieder der Besatzung wurden von einer riesigen Menschenmenge begeistert begrüßt.

Über die Ausmahlung des Roggenmehls.

Berlin. Die seit dem 1. März 1932 bestehende Verpflichtung der Ausmahlung des Roggenmehls auf mindestens 70 Prozent fällt laut Verordnung des Reichskommissars für Preisgestaltung vom 14. Juli 1932 mit Ende Juli weg.

Frick lehnt die Einberufung des Auswärtiges Ausschusses ab.

Berlin. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Frick, hat den Kommunisten mitgeteilt, daß er den Auswärtigen Ausschuß nicht einberufen werde. Frick hat seine Haltung in einem vom 30. Juli datierten Schreiben damit begründet, daß der alte Reichstag nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche und der neue Reichstag eine ganz andere Zusammensetzung haben werde. Wie von kommunistischer Seite erklärt wird, wird man sich dort mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben, sondern die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, der als ständiger Ausschuß des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages noch in seiner bisherigen Zusammensetzung Geltung habe, trotzdem durchzusetzen versuchen, zumal eine Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses für die Einberufung vorhanden sein soll.

Energische deutsche Vorstellungen in Warschau.

Berlin. Zu der Brüskierung des deutschen Geschäftsträgers in Warschau durch Verletzung der Exterritorialität hat die polnische Presse gemeldet, der polnische Gesandte in Berlin sei beauftragt worden, gegen das Vorgehen des Geschäftsträgers Beschwerde einzulegen und Genugtuung zu verlangen. Wie von Berliner zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der polnische Gesandte in Berlin wegen dieser Angelegenheit vorläufig im Auswärtigen Amt noch nicht vorstellig geworden. Im Gegenteil hat die deutsche Regierung den Geschäftsträger in Warschau beauftragt, bei der polnischen Regierung energische Vorstellungen zu erheben.

Nur 35 Tote an Bord der „Niobe"?

Kiel. An unterrichteter Stelle wird vermutet, daß sich von den 69 Toten der „Niobe" höchstens 35 in dem gesunkenen Schiff befinden, während die übrigen den Tod in der See gefunden haben. Daß trotzdem noch keine Leiche gesichtet oder angeschwemmt worden ist, soll sich daraus erklären, daß der Wind sich in der letzten Zeit häufig gedreht hat, wodurch ein ständiger Wechsel der Stromrichtung verursacht worden ist.

Über die Ausmahlung des Roggenmehls.

Berlin. Die seit dem 1. März 1932 bestehende Verpflichtung der Ausmahlung des Roggenmehls auf mindestens 70 Prozent fällt laut Verordnung des Reichskommissars für Preisgestaltung vom 14. Juli 1932 mit Ende Juli weg.

Steinwürfe gegen das ungarische Konsulat in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. Die Hinrichtung zweier Kommunisten in Ungarn hatte den Frankfurter Kommunisten Veranlassung zu einer Kundgebung gegen das ungarische Konsulat gegeben. Sie warfen große Steine, die in Drohbriefe eingewickelt waren, gegen das Gebäude. Größerer Schaden wurde nicht angerichtet, da die nächtlichen Ruhestörer durch die Nachtwache verscheucht wurden.

300 Opfer der Überschwemmungen in China.

Moskau. Bei den Überschwemmungen bei Kanton sind über 300 Menschen ums Leben gekommen. 300 000 Menschen sind obdachlos geworden. Im Überschwemmungsgebiet sind Cholera und andere ansteckende Krankheiten ausgebrochen.

General Ma lebt.

Nanking. Die vom japanischen Hauptquartier in Mukden verbreitete Meldung, daß General Matschantschang im Kampf mit japanischen Truppen getötet worden sei, wird von der chinesischen Regierung dementiert. General Ma habe der chinesischen Regierung drahtlos mitgeteilt, daß er nach wie vor den Oberbefehl über die chinesischen Truppen in der Mandschurei führe.

Diktatorische Vollmachten für den Präsidenten von Paraguay.

Buenos Aires. Der Kongreß von Paraguay hat, wie aus Asuncion gemeldet wird, dem Staatspräsidenten Salamanca diktatorische Vollmachten zur Vorbereitung der militärischen Maßnahmen gegen Bolivien erteilt. Tausende von Paraguayanern haben sich freiwillig zum Militärdienst gemeldet. Die Kadettenschule in Asuncion hat ein eigenes Regiment unter dem Befehl eines früheren englischen Offiziers gebildet.

Angriff der Aufständischen auf Rio de Janeiro?

Rio de Janeiro. Die Aufständischen des Staates Sao Paolo haben bei Itarare eine große Offensive gegen die Regierungstruppen eröffnet. Sie kündigen an, daß sie Rio de Janeiro besetzen und den Präsidenten absetzen wollen. Das Leben und Eigentum der Ausländer solle geschont werden.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Kombinierte
Haushaltsmaschine als
Reibmaschine und
Fruchtpresse verwendbar
Bohnenschneidmaschinen
Mandelreibmaschinen
Wilh. Bell jr., Halver.

Meinen verehrten Schülern, Schülerinnen und Gönnern zur gefl. Mitteilung, daß ich auch nach meinem mit dem Prädikat „Gut" bestandenen Staatsexamen nach wie vor auch in **Halver,** Elberfelderstr. 31 meinen erstklassigen und schnellfördernden
Klavierunterricht
nach modernsten Grundsätzen für Anfänger bis zur künstlerischen Reife zu mäßigem Honorar erteile.
Frida Berker,
staatlich geprüfte Musiklehrerin.
Ausgebildet in der Hochschul-Meisterklasse des Herrn Prof. Dahm-Köln.

Große Mengen
Tapeten
zu
außergewöhnlich billigen Preisen.
Alle Artikel zum Anstreichen in bester Qualität.
Drogerie Carl Baukloh,
Kierspe-Bahnhof,
Ruf 572 Meinerzhagen.

Die „Geflügel-Börse"
Leipzig
die älteste und größte deutsche Geflügelzeitung mit ihren weiteren Fachgebieten / **Taubenzucht / Hundezucht / Kaninchen- und Pelztierzucht / Vogelliebhaberei / Haus-, Hof-, Garten- und Landwirtschaft**
erscheint reich illustriert 2mal wöchentlich
Neben ihrer anerkannten Führung auf den von ihr vertretenen Fachgebieten, bietet sie außerdem durch ihre **Unfall- und Sterbegeldversicherung (3000 bzw. 6000 RM. bei Unfall, 75 bzw. 150 RM. bei natürlichem Tode)** eine wesentliche Hilfe bei schweren Schicksalsschlägen.
Abonnementspreis pro Monat
Allgemeine Ausgabe . . . RM. 1,40
Versicherungs-Ausgabe . . RM. 1,65
Probenummern werden auf Wunsch unentgeltlich zugesandt.
Geschäftsstelle der „Geflügel-Börse" Leipzig, Perthesstraße 5



Buchhandlung Wilh Bell jr., Halver i. W.

Freilichtspiele Halver 1932.
Donnerstag, den 4. August 32, ab 3 bis 9 Uhr im **im Lokale Fasbender**
Kostümabgabe.
Anläßlich der Generalprobe ist am Samstag, 6. August ab 3 Uhr Fremden der Zutritt des Bühnengeländes nicht gestattet.
Der Vorstand.

Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.
Wetturner und sonstige Teilnehmer, die am **Sonntag, d. 7. d. M.** das
Hakort - Bergfest
besuchen, wollen sich Freitag abend in der Turnhalle beim Oberturnwart melden.
Abfahrt Sonntag morgen 6,30 Uhr vom Vereinslokal.
Der Oberturnwart.


Freiw. Feuerwehr Halver.
Sonntag, d. 7. August morgens 6,30 Uhr
Uebung.
Das Kommando.

Eisu- Holz- Metall- Betten
Stahlmatr. Kinderb. Schlafzimm., Chaiselong. a. Priv. Ratenz. Katalog 1914 frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.

Kölner Effekten-Notierungen
vom 2. August.
(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustandegekommen.)

Barmer Bankv.	—	Gelsenk. Bergw.	32⅜
Rhein. Bauernbank	—	Phönix Bergb.	—
All. u. Stuttg.	159	Rh. A. G. f. Zucker	—
Colonia Feuer gr.	—	Rhein. Wasser	—
Gladbacher Feuer	—	Schuckert Elektr.	—
Dt. Erdöl	70½	Wittener Guß	—

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.
Köln, 2. August.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein 71 Kg.	—	Weizenkl.	9.50—10.75
Weizen, ausl.	—	Roggenkl.	8,50— 8,75
Roggen, rhein.	—	Biertreber	10,50—11,25
66—67 Kg.		Leink. 38 Pr.	11,25—11,50
Rg., rh. neu. E.	17,75	Erdnußkm. 50 Prz.	11,50 11,75
Roggen, ausl.	—	„ 54 „	12,50—12,75
Hafer biesiger	16 75—17 75	Sojaschr.	
Hafer nordd	18,75—19,25	46 Prz.	10,75—11.00
Hafer, ausl.	—	Rapsk. 38 Prz.	8,75
F.-Gerste, ausl.	—	Palmkernk. lof.	9,25 —10,00
W.-Gerste, inl.	16,50	Trockenschn. l.	—
S.-Gerste, inl.	—	Zuckerschn. lof.	10,50—11,25
Mais grober	18,25—19,00	Rohmelasse	8,00— 8,75
Mais kleiner	19,50	Wiesenheu, inl. lose neu	4.00—4.50
Weizenmehl, 70 Prz., inl.	35,50	gepreßt	
Rhein. Weizenbäckermehl m. Auslandswz.	36,75	Kleeheu inl. lose neu gepreßt	5,60—6,20
Roggenmehl 70 Prz	27,50—28,00	auslandischer Roggenstr. gepr. neu	—
70 Prz. m. ausländ. Roggen	28.50	Weizenstr. gepr. neu	—
Roggenschrot, inländisches	23,00	Haferstroh	—
ausländisch.	23.50	gepreßt	—

Alle Preise brutto mit Sack frei n. St.

Stimmungsbericht: Am heutigen Getreidemarkt waren die Preise wenig verändert. Von neuem Brotgetreide gelangte nur Roggen zur Notiz. Weizen konnte nicht notiert werden, da nur vereinzelte Partien am Markt waren für diese wurden 23,25 Mark und darüber bezahlt.

Kölner Kartoffelnotierungen
vom 2. August.

(Großhandelspreise für 50 Kilogramm bei Waggonladungen von 15 000 Kilogramm, lose verladen, frachtfrei Kölner Bahnstation.)

Rheinische lange gelbe Nieren, Erstlinge 3,10, Hessische und Pfälzische runde gelbe Kartoffeln 2,75.